



BASLER FREISINN

Basel-Stadt	2/3/4/5/6/7	Unternehmensverantwortung	9	Energie- und Klimapolitik	11	«No Billag»	15
Page latine	8	Waffenrecht	10	Delegiertenversammlung	12/13	Interview mit Beat Walti	16

42. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Inhalt

Pro-Contra-Debatte

Patrick Erny und Niggi Ullrich
zur «No Billag»-Initiative

Seite 2

Digitalisierung

Lionel Battagay und Martina
Bernasconi über die Digitalisierung

Seite 3

Quartierverein Grossbasel-West

Karin Sartorius-Brüschweiler über
die Quartierarbeit

Seite 4

Bürgergemeinde

Markus Grolimund über Aktuelles
aus der Bürgergemeinde

Seite 5

Neues aus dem JSD

Aktuelle Projekte aus dem JSD

Seite 6

Alterspolitik und Bildung

Von David Jenny und Stephan
Mumenthaler

Seite 7

Arbeitsmarkt und Digitalisierung

Wie wirkt sich die Digitalisierung auf
den Schweizer Arbeitsmarkt aus? Was
passiert, wenn die «Roboter» kommen?
Viel wird spekuliert – Dr. Marco
Salvi, Experte für Arbeitsmarkt und
Digitalisierung, präsentiert die Fakten.

Seite 23

Steuervorlage 17

Keine Reform ohne Senkung des Einkommenssteuersatzes

Die Reform der Unternehmensbesteuerung ist für die Schweiz und für den Kanton Basel-Stadt von zentraler Bedeutung. Der Zeitdruck ist gross, mit der Steuervorlage 17 eine international, aber auch bei der Stimmbevölkerung akzeptierte Lösung zu finden. Vor diesem Hintergrund ist es bedenklich, wie die Basler Finanzdirektorin mit dem Feuer spielt.

**Luca Urgese, Präsident
FDP.Die Liberalen Basel-Stadt**

Unternehmensbesteuerung ist eine komplexe Angelegenheit, und die Meinungen über zahlreiche Details gehen weit auseinander. Doch es herrscht parteiübergreifend Konsens, dass die Steuervorlage 17 nur dann Erfolg haben kann, wenn auch die Bevölkerung finanziell entlastet wird. In Basel-Stadt ist hierfür die kantonale Umsetzungsvorlage entscheidend. Was uns kürzlich als Vernehmlassungsvorlage präsentiert wurde, ist jedoch ziemlich enttäuschend. Bereits in einem ersten Entwurf, der aufgrund des Neins zur USR3 nie im Parlament behandelt wurde, war eine Erhöhung des Freibetrages und der Familienzulagen enthalten. Der Grosse Rat konnte sich aufgrund von zwei SP-Vorstössen dennoch äussern. Er lehnte beides ab. Stattdessen wurde eine Motion überwiesen, welche die Senkung des unteren Steuer-

satzes (Einzelpersonen bis 200 000 Franken, Ehepaare bis 400 000 Franken) um mindestens 1 Prozent fordert.

In den vergangenen Jahren hat unser Kanton regelmässig finanzielle Überschüsse erzielt. Für die FDP ist klar, dass diese Überschüsse dafür genutzt werden sollen, um diejenigen spürbar zu entlasten, welche substanziell zu den Steuereinnahmen des Kantons beitragen. Entsprechende Rufe nach Steuersenkungen wurden regelmässig mit dem Argument zurückgewiesen, man müsse den finanziellen Spielraum für die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform bewahren. Nun ist dieser Zeitpunkt gekommen – und wieder sollen die Einkommenssteuern bleiben, wie sie sind.

Eine Erhöhung des Freibetrages entlastet diejenigen überproportional, welche schon heute staatlich unterstützt werden, z. B. durch Prämienverbilligungen. Höhere Familienzulagen wiederum kommen nur Familien mit

Kindern zugute, also nur einem Teil der Bevölkerung, und belasten zudem die Unternehmen zusätzlich. Ausserdem wohnt ein erheblicher Teil der Empfänger dieser Zulagen im Kanton Basel-Landschaft.

Es ist inakzeptabel, dass nun auch die neue kantonale Vorlage ebendiese Elemente enthält. Der Grosse Rat hat seinen Willen klar zum Ausdruck gebracht: Er will endlich eine Senkung der Einkommenssteuern statt zusätzlicher Sozialleistungen und Belastungen für die Wirtschaft.

Eva Herzog tut gut daran, die Signale aus dem Parlament ernst zu nehmen. Eine Reform ohne Senkung der Einkommenssteuern wird im Grosse Rat keine Mehrheit finden. Es wäre die Finanzdirektorin, welche die Verantwortung für ein Scheitern zu tragen hätte. Die FDP wird konstruktiv mitarbeiten. Von ihrer Forderung nach einer Einkommenssteuersenkung wird sie jedoch nicht abrücken.

Nein zur «No Billag»-Initiative

Gemeinnützigkeit statt Eigeninteressen

Niggi Ullrich,
Präsident SRG Region Basel,
Vizepräsident SRG Deutschschweiz

Die Befürworter der «No Billag»-Initiative wollen der SRG eins ausweisen. Sie setzen damit den «Service Public Régional» aufs Spiel. Der Gewerbeverband kritisiert, dass das Gesetz für Unternehmen mit mehr als 500 000 Franken Jahresumsatz die Abgabe von Radio- und Fernsehgebühren vorsieht. Der Gesetzgeber kompensiert mit dieser ordnungspolitischen Regelung Mindererträge aus privaten Haushalten, die ab 2019 statt heute



Niggi Ullrich

451 Franken noch 365 Franken jährlich zahlen. Mit diesem Beitrag unterstützt die Schweizer Wirtschaft den Fortbestand einer vielfältigen Medienlandschaft und leistet einen wichtigen Dienst an der Gemeinschaft. Unsere Demokratie funktioniert nur in einer informierten Gesellschaft, die Themen öffentlich debattieren und verschiedene Meinungen zur Kenntnis nehmen und einordnen kann. Radio und Fernsehen spielen in diesem Prozess eine wichtige Rolle. In den kleinen sprachregionalen Märkten unseres Landes lässt sich ein Service Public Régional ohne Gebühren nicht finanzieren.

Die Annahme der Initiative bedeutete das Ende vieler privater Radio- und der meisten TV-Sender. Auch die SRG müsste den Betrieb und damit die Versorgung der Randregionen einstellen. Damit gingen unserem Land nicht nur gegen 7000 Arbeitsplätze verloren, sondern auch eine wichtige Klammer gesellschaftlichen Zusammenhalts und politischer Stabilität, von denen auch der Unternehmensstandort Schweiz profitiert. Und das kann die Wirtschaft im Ernst nicht wollen.

Deshalb: Ja zur gesellschaftlichen Solidarität! Nein zu «No Billag»!

Ja zur «No Billag»-Initiative

Für freien und fairen Wettbewerb der Medien

Patrick Erny,
Vorstandsmitglied FDP Basel-Stadt

Durch die hauchdünne Annahme der RTVG-Revision im Jahr 2015 werden wir in der Schweiz ab kommendem Jahr neu ein «Zwangsgeneralabonnement» für die Angebote der SRG haben. Musste früher nur Gebühren zahlen, wer diese Programme auch effektiv nutzen konnte, so ist ab 2019 jeder Haushalt und jedes Unternehmen mit einem Umsatz von über 500 000 Franken verpflichtet, eine jährliche Mediensteuer zu leisten. Für letztere be-



Patrick Erny

deutet dies eine schwer zu rechtfertigende Doppelbesteuerung.

Demgegenüber steht die «No Billag»-Initiative, zu welcher ich Sie einlade, am 4. März zuzustimmen. Es stimmt: Die Forderungen der Initiative – der Verzicht des Bundes auf das Eintreiben von Radio- und Fernsehgebühren sowie das Verbot, entsprechende Stationen zu betreiben oder zu finanzieren – sind weitreichend. Ideen für einen Gegenvorschlag gab es viele. Doch der Unwille einer Mehrheit in Bundesrat und Parlament, die heutigen Missstände in der SRG wirksam anzu-

gehen, verunmöglichte dies. Der nun anstehende Grundsatzentscheid bietet uns Freisinnigen die willkommene Gelegenheit, uns wieder einmal auf unsere liberalen Werte und Prinzipien zu besinnen. Haben wir den Mut, uns zum freien Markt und zur Eigenverantwortung zu bekennen, oder legen wir uns lieber in die Arme des allumsorgenden Staates? Für mich ist klar: Die «No Billag»-Initiative ist DIE Chance für einen freieren und faireren Wettbewerb auf dem Medienmarkt. Für ein vielfältiges, preislich attraktives und kundenorientiertes Medienangebot.

Anzeige

<p>R. Soder Baugeschäft AG</p> <p>Oberdorfstrasse 10 Postfach 108 4125 Riehen 1</p> <p>Telefon 061 641 03 30 Fax 061 641 21 67 soderbau@bluewin.ch</p>		<p>Lergenmüller AG</p> <p>Oberdorfstrasse 10, Postfach 108 4125 Riehen 1</p> <p>Telefon 061 641 17 54 Fax 061 641 21 67 lergenmueller@bluewin.ch</p>
---	--	---

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken

Die Basler FDP fasst die Nein-Parole

Die Basler FDP fasste an ihrem Parteitag vom 16. Januar 2018 die Nein-Parole zur «No Billag»-Initiative.

Nach einer intensiven Debatte waren 60 Prozent der anwesenden Mitglieder gegen die Initiative.

Digitalisierung

Dank der Digitalisierung vom «dafür bezahlen» zum «damit verdienen»

**Lionel Battagay, Mitglied
Jungfreisinnige Basel-Stadt**

Wilhelm Tell war der Entdecker Amerikas. Die SVP ist eine Bank. Die Luftlinie von St. Gallen nach Genf beträgt 10 000 Kilometer. Und ein Kanton, der mit S beginnt, wäre beispielsweise der Kanton Saturn.

Das sind einige von vielen schrägen Aussagen, die ich bereits hören durfte. Für meinen YouTube-Kanal Ask Switzerland reise ich quer durch die Schweiz und stelle Quizfragen, welche das (Un)Wissen der Schweizer offenbaren. Zum einen haben mich diese schockierenden Antworten zu einem der glühendsten Verfechter unserer jungfreisinnigen Initiative für politische Bildung gemacht (wobei deren Einreichung nicht wirklich mein Verdienst ist; meine Mitgliedschaft beschränkt sich wegen des Studiums in St. Gallen leider hauptsächlich auf das Zahlen des Mitgliederbeitrags) – zum anderen haben die Videos eine weitaus grössere Anzahl Menschen erreicht, als ich mir das je hätte erträumen können.



Lionel Battagay im Interview mit Bundesrätin Doris Leuthard.

Natürlich haben meine Videos aufgrund der schweizerdeutschen Sprache eine sehr eingeschränkte Zielgruppe, aber mein bislang bestes Video erreichte (wenn man alle Plattformen zusammenrechnet) immerhin mehr als 1,2 Millionen Personen. Und dank der Digitalisierung musste ich vergleichsweise kaum etwas investieren, um mein Publikum zu erreichen.

Wer vor dem digitalen Zeitalter mit privat produzierten Videos an die Öff-

fentlichkeit gelangen wollte, hatte ohne ein beachtliches Budget nicht den Hauch einer Chance. Früher hätte man dazu für viel Geld eine eigene Plattform wie beispielsweise einen Fernsehsender gründen müssen. Heute geht das viel einfacher.

Mit der Digitalisierung (vor allem dank des Internets) sind die Kosten für eine «Vertriebsplattform», wie es z. B. YouTube ist, fast vollends weggefallen. Das Hochladen meiner Videos in

meinen YouTube-Kanal kostet mich keinen Rappen – im Gegenteil. Obwohl ich anfangs nicht damit gerechnet habe, verdiene ich mittlerweile sogar Geld mit meinen Videos. Das funktioniert so, dass Werbekunden z. B. vor meinen Videos eine kurze Werbesequenz schalten und ich eine Entschädigung für die Anzahl der angesehenen Werbesequenzen erhalte.

Dank der Digitalisierung ist also etwas vom «dafür bezahlen» zum «damit verdienen» geworden.

Gerade diese Erfahrung hat meine Grundeinstellung gegenüber der Digitalisierung stark beeinflusst. Nicht auszudenken, man hätte sich mit Verboten gegen diese Entwicklung und den Fortschritt gewehrt – wahrscheinlich sässe ich jetzt an einer mechanischen Schreibmaschine und Sie könnten sich die schrägsten Antworten der Schweiz nicht ansehen. Damit habe ich bereits impliziert, was Sie als Nächstes tun sollten.

Am einfachsten finden Sie mich, wenn Sie «YouTube» und «Ask Switzerland» googeln. Viel Spass!

Digitalisierung: «panta rhei» – alles ist im Fluss

**Martina Bernasconi,
Grossrätin der Basler FDP**

Die Basler FDP hat sich für die kommenden Jahre drei Schwerpunkte gesetzt: Bildung, Wirtschaft und Digitalisierung. Der Digitalisierung kommt hierbei die umfassendste Bedeutung zu, denn sie betrifft unsere Gesamtgesellschaft in einem radikalen, für uns (noch) nicht vollständig erfassbaren Ausmass. Viele sprechen von der digitalen Revolution. Revolution meint ein grundlegender, nachhaltiger struktureller Wandel, der meist abrupt und in kurzer Zeit erfolgt. Die Digitalisierung bringt uns in sogenannte VUCA-Welten. VUCA steht für Volatilität, Unsi-



Martina Bernasconi

cherheit, Komplexität und Ambiguität. Trends und Chancen kommen in immer kürzeren Abständen, eine Abnahme von Kontrolle und Verlässlichkeit ist überall spürbar, Hierarchien werden durch Netzwerke abgelöst, und Selbstverständlichkeiten verlieren an Bedeutung. Die Generation Y (Netzwerk, Improvisation, Vereinbarkeit von Fa-

milie und Karriere) ist dabei, die Führung zu übernehmen, die Babyboomer (Hierarchie, Tradition, Status) gehen in Pension.

Alles ist im Fluss: Arbeit, Unternehmen, Staat, Gesundheit, Kommunikation, Wissenschaft, Kultur. Wir shoppen online, streamen Musik, fahren Uber, haben e-Banking und Schrittzähler, stimmen elektronisch ab, lassen uns wohl bald ein neues Gelenk aus dem 3-D-Drucker von einem Roboter einsetzen oder scannen unsere Waren an der Kasse selber ein. Die Gesetze hinken hinterher und Grenzen lösen sich auf: Mensch – Maschine, Schweiz – EU, öffentlich – privat. Für die Schweiz als ressourcenarmes Land ist

es zentral, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Die mit dem digitalen Wandel einhergehenden Innovationen dürfen nicht durch vorschnelle Regulierungen beeinträchtigt werden. Oder wie Bundesrat Schneider-Ammann es ausdrückt: «Der Staat hat für die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu sorgen, damit sich die Wirtschaft an die neuen Anforderungen anpassen und die sich bietenden Chancen nutzen kann. Dazu gehören etwa der unternehmerische Freiraum, eine hohe Rechtssicherheit, hochwertige Infrastrukturen, ein flexibler Arbeitsmarkt, nachhaltige Fiskalpolitik und eine relativ moderate Steuerbelastung.»¹

¹metrobasel – report, 2017, S. 4.

Quartierarbeit – Neutralität als Erfolgsmodell

Karin Sartorius-Brüschweiler,
Vorstand Basler FDP

Quartierarbeit hat in Basel Tradition. Seit Jahrzehnten engagieren sich Vereine und Gruppierungen für attraktive Wohnquartiere mit hoher Lebensqualität, unter anderem die 17 Neutralen Quartiervereine (NQVe). Als Vorstandsmitglied des Neutralen Quartiervereins Bachletten-Holbein (NQVB-H) engagiere auch ich mich ehrenamtlich für die Interessen und das Wohl des Quartiers, in dem ich wohne.

Der NQVB-H ist ein sehr aktiver Quartierverein. Seit über zehn Jahren betreibt er den dienstagsMARKT auf dem Rütimyerplatz, hat eine eigene Kompostieranlage, ist Herausgeber der Quartierzeitschrift «Dialog» und bietet kulturelle und gesellige Anlässe, die den nachbarschaftlichen Kontakt und die Integration fördern. Der NQVB-H fungiert zudem als Dach-



Karin Sartorius-Brüschweiler

organisation für verschiedene Akteure im Quartier und betreibt eine Website, über die sich die Quartierbewohner informieren können.

Quartierarbeit bedeutet auch Quartierpolitik. Der NQVB-H übernimmt die Aufgabe, die Lebensqualität im Quartier zu wahren und zu verbessern.

Die Bedürfnisse der Quartierbewohner verändern sich über die Jahre. Es ist unumgänglich, dass sich das Quartier weiterentwickelt. Der Vorstand des NQVB-Hs bündelt und vertritt die Interessen der Quartierbewohner gegenüber Verwaltung und Behörden, insbesondere bei Fragen zu Verkehr, Wohnen, Sicherheit und Integration. Der NQVB-H verfolgt, was im Quartier läuft, wie dieses sich entwickelt, was geplant ist, und scheut sich auch nicht, aktiv zu werden und Umfragen sowie Einsprachen zu lancieren, wenn eine geplante Veränderung nicht zum Wohle des Quartiers zu sein scheint.

Ein aktuelles Beispiel ist die Mitwirkung des Vereins bei der Diskussion um den Rütimyerplatz. Der NQVB-H hat sich dafür starkgemacht, dass die Quartierbevölkerung zur versuchsweise erfolgten Verlegung der Bushaltstelle befragt wird. Der gemeinsam mit dem zuständigen Bau- und Verkehrsdepartement entwickelte Fragenkatalog wurde an alle Haushalte der Nachbarschaft verteilt. Die Meinung der Quartierbewohner zählt und wird bei der Bewertung des Pilotversuchs und in der Entscheidungsfindung der politischen Behörden berücksichtigt werden.

Der Vorteil der NQVe ist ihre politische Neutralität und ihr direkter Bezug zum Quartier. Die NQVs kennen ihr Umfeld, die Bevölkerung und de-

ren Anliegen. Die NQVs sind finanziell unabhängig, werden nicht vom Staat finanziert und sind frei in der Wahrnehmung von Aufgaben. Sie vertreten einzig die Mitglieder, ihr Quartier und dessen Bewohner. Sie liefern quartierpolitisches Wissen und können so wichtige Impulse für die Stadtentwicklung einbringen. Sie sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Quartierspolitik.

Sich aktiv in seinem NQV für sein direktes Umfeld zu engagieren, sich mit seinem Quartier und seinen Herausforderungen auseinanderzusetzen, ist eine Bereicherung, die ich empfehlen kann. Machen Sie mit. Überlassen Sie nicht anderen, wie sich Ihr Quartier entwickelt.

Neue Werbemöglichkeit

Wir haben ein neues Publireportage-Format konzipiert. Mitglieder haben die Möglichkeit, sich und ihr Unternehmen vorzustellen und sich noch besser zu vernetzen.

Für das vordefinierte Format gewähren wir einen Mitglieder-Rabatt von 20 Prozent im Vergleich zum normalen Inseratetarif. Die Publireportage kostet 360 Franken.

Möchten Sie mitmachen, dann melden Sie sich auf info@fdp-bs.ch

Agenda

- 19. April 2018:** Parteitag der Basler FDP
- 25. April 2018:** Besuch Kybeck-Plus
- 20. August 2018:** Parteitag der Basler FDP
- 16. Oktober 2018:** Parteitag der Basler FDP

Details siehe: www.fdp-bs.ch

Publireportage

FDP-Mitglieder stellen sich vor

Dominik Lingg ist ein langjähriges Mitglied der Basler FDP

Dominik Lingg ist Inhaber der Dominik Lingg AG. Das Unternehmen unterstützt Bauherren in sämtlichen Fragen rund um das effiziente und nachhaltige Bauen. Von Strategieentwicklungen sowie Planung bis hin zur Überwachung von Kosten und Terminen für Neubauten oder Sanierungen.

Wir freuen uns, wenn Sie Unternehmen der FDP-Mitglieder unterstützen.

Dominik Lingg Bautreuhand AG, Basel, Tel. 061 205 15 00, www.d-lingg.ch



Bürgergemeinde

Aus der Bürgergemeinde Basel

Markus Grolimund, Bürgergemeinderat und Fraktionspräsident

Mit der Parlamentssitzung vom 5. September 2017 ist die Bürgergemeinde Basel in ihre neue sechsjährige Legislatur (2017–2023) gestartet. Die FDP hat bei den Neuwahlen einen Parlamentssitz verloren, aber insgesamt verfügen die bürgerlichen Parteien aufgrund des Zuwachses bei der LDP nach wie vor über die Stimmenmehrheit im Parlament. Auch für die neue Legislatur haben FDP und LDP eine Fraktionsgemeinschaft gebildet; die Zusammenarbeit hat sich sehr bewährt und stärkt die Vertretung bürgerlicher Positionen im Parlament.

Wiedergewählt wurden Fabienne Beyerle, Markus Grolimund und Heidi Keller. Für Fabienne Beyerle, die in der Folge als Bürgerrätin in der Exekutive bestätigt wurde, ist Christian Egeler als neuer Bürgergemeinderat ins 40-köpfige Parlament nachgefolgt. Nicht mehr dabei sind Hans-Jörg Kundert, der im Hinblick auf die Erneuerungswahl zurückgetreten ist, und Murat Kaya, dessen Wahlergebnis diesmal nicht für einen Sitz gereicht hat. Beiden sei an dieser Stelle für ihre Arbeit und den geleisteten Einsatz herzlich gedankt.

Erfolgreiche Neuausrichtung und Aufgaben

In einem intensiven Prozess hat die Bürgergemeinde Basel rechtzeitig im Hinblick auf die neue Legislatur die künftige Strategie definiert und ihre Rechtsgrundlagen angepasst. Auf verschiedenen Ebenen haben Kompetenzverschiebungen hin zum Bürgerrat stattgefunden, es wurde der Rechtsstatus der Institutionen (Bürgerspital, Waisenhaus) geklärt, und es wurde das Aufsichtsrecht klarer geregelt. Die Aufgaben der Bürgergemeinde sind auch künftig in sogenannten Produkten und Produktgruppen definiert. Die politische Steuerung erfolgt über mehrjährige Leistungsaufträge mit Globalkrediten. Die Leistungsaufträge



Markus Grolimund

werden durch Einzelvorlagen durch den Bürgergemeinderat beschlossen und unterliegen dem fakultativen Referendum. Jährlich beschliesst der Bürgergemeinderat auch die Produktesummenbudgets für die finanzrelevanten Aktivitäten im Folgejahr. Im Dezember wurde das Budget einstimmig verabschiedet. Zu Diskussionen Anlass gab insbesondere die geplante Überführung der Reha Chrischona in den Neubau des Felix-Platter-Spitals.

Fabienne Beyerle, Bürgerrätin Basler FDP

Dieses Jahr war klar, es wird genügend Schnee zum Skifahren haben, und so machten sich die Skifahrer am Samstag auch wieder zu früher Stunde auf den Weg ins schöne Prättigau, um die Bretter über die Pisten sausen zu lassen. Die übrigen Winterwochenende-Teilnehmer gestalteten ihren Tag freier und waren mit Spaziergängen und Verwandtschaftsbesuchen beschäftigt. Gegen 18.00 Uhr trafen alle im Haus bim Lerch zum Apéro ein und genossen anschliessend ein leckeres, von Dieter Beyerle gekochtes Znacht. Ganz herzlichen Dank an dieser Stelle!

Die Stimmung war auch dieses Jahr wieder sehr gut, und so wurde am

Es ist hier mit erschwerten betrieblichen Rahmenbedingungen (Belegungsrückgang) und finanziellen Einbussen zur rechnen, bis die Realisierung im Frühjahr 2019 dann auch tatsächlich erfolgen kann.

Einen guten Überblick über die Geschäfte der Bürgergemeinde, die Institutionen und die unter ihrer Aufsicht stehenden Zünfte und Gesellschaften vermittelt der jeweils im Mai erscheinende Jahresbericht (erhältlich www.buergergemeindebasel.ch).

Fazit

Mit ihren 55 000 Bürgerinnen und Bürgern ist die Bürgergemeinde Basel die grösste Bürgergemeinde der Schweiz. Sie ist gut aufgestellt, steht auch ohne Steuersubstrat auf einer gesunden Basis und hat das Potenzial, sich auch künftig mit viel Kraft und starker bürgerlicher Unterstützung für ein lebenswertes Basel einzusetzen. Sie erbringt mit ihren Institutionen eine Fülle von Leistungen, insbesondere in den Bereichen betreutes Wohnen und Arbeiten, Kulturpflege, Jugendförderung,

Armutsbekämpfung sowie Naturpflege und Forstwesen. Die Bürgergemeinde soll und kann hier ihre Rolle wahrnehmen und bietet eine zweckmässige und kostengünstige Alternative zur fortschreitenden Ausweitung der Staatsaufgaben.

Die FDP ist in der neuen Legislatur in folgenden Kommissionen vertreten: Aufsichtskommission: Markus Grolimund (Präsident); Einbürgerungskommission: Fabienne Beyerle (Statthalterin) und Max Pusterla; Kommission CMS: Heidi Keller.

Basler FDP fasst die Ja-Parole zur Ruhegehalts-Initiative

Am Parteitag vom 16. Januar 2018 wurde die Ja-Parole zur Ruhegehalts-Initiative gefasst. Die Initiative verlangt, dass Regierungsmitglieder und Gerichtspräsidenten nur noch während maximal drei statt zehn Jahren Ruhegehälter ausbezahlt bekommen.

Winterwochenende in Klosters



Abend noch lange und fröhlich geplaudert. – Nach dem gemeinsamen Frühstück entstanden unterschiedliche Interessengemeinschaften, welche den Tag nach ihrem Gusto gestalteten. So

kamen alle auf ihre Kosten. Wir freuen uns schon wieder aufs nächste Jahr, in welchem Stephan und Erika Maurer die Organisation übernehmen werden. Ein herzliches Dankeschön!

Neues aus dem Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD Basel-Stadt forciert Zusammenarbeit zwischen den beiden Basel

Gleich auf vier verschiedenen Gebieten des Justiz- und Sicherheitsdepartements unter Regierungsrat Baschi Dürr ist die Zusammenarbeit zwischen den beiden Basel per 2018 erweitert worden.

■ Basel-Stadt hat das eigene Feuerwehrenspektorat aufgelöst und kauft seit dem 1. Januar 2018 dessen Leistungen im neu geschaffenen Feuerwehrenspektorat beider Basel ein. Hierfür haben die Rettung Basel-Stadt und die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV) eine Vereinbarung geschlossen. Diese sieht vor, dass das bei der BGV neu geschaffene Feuerwehrenspektorat beider Basel die Tätigkeiten auch im Kanton Basel-Stadt wahrnimmt. Der Leistungskatalog umfasst unter anderem die Verantwortung für die kantonale Feuerwehrausbildung sowie die Koordination der kantonalen und der schweizerischen Feuerwehrcurse.

■ Seit dem 1. Januar 2018 ist die Sanitätsnotrufzentrale beider Basel (SNZbB) für die Notrufe («144») und die Disposition der Einsatzmittel in der



Baschi Dürr

Region verantwortlich. In der SNZbB wurden die bisherigen Notrufzentralen der Sanität Basel und des Kantonsspitals Baselland zusammengeführt. Damit können sowohl Notfalleinsätze als auch Krankentransporte effizienter erledigt werden. Gleichzeitig lassen sich durch die bessere Koordination unnötige Leerfahrten vermeiden. Die Hilfsfristen verkürzen sich, und insgesamt erhöht sich die Versorgungs-

qualität in der Region. Das Budget des Kantons Basel-Stadt wird netto um rund 390 000 Franken entlastet.

■ Ebenfalls per 1. Januar 2018 gilt eine neue Vereinbarung über die polizeiliche Zusammenarbeit Basel-Stadt und Baselland. Sie erweitert und vereinfacht die bisherige Zusammenarbeit. Neu können Polizistinnen und Polizisten des jeweils anderen Kantons nun auch auf dem gesamten Gebiet beider Kantone spontane oder geplante Unterstützung leisten. Bislang beschränkte sich der grenzüberschreitende Einsatzraum auf einen verhältnismässig schmalen Streifen beidseits der Kantonsgrenze. Neu sind auch gemeinsame präventive Aktionen mit gemischten Einsatzkräften auf beiden Seiten der Kantonsgrenze möglich. Auf die gegenseitige Verrechnung von Kosten wird bei kleineren Unterstützungsleistungen verzichtet. Das spart administrativen Aufwand.

■ Und schliesslich bietet die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFPBB) seit dem 1. Januar 2018 die Fahrzeuge selbstständig zur amtlichen Motorfahrzeugprüfung auf. Bisher waren dafür die beiden Motorfahrzeugkontrollen Basel-Stadt und Baselland zuständig. Mit dieser Lösung können Verantwortung und Kompetenzen in Einklang gebracht werden, weil die MFPBB die Auslastung ihrer Prüfbahnen nun in eigener Zuständigkeit steuern kann.

Diese vier ganz unterschiedlichen Beispiele zeigen, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Basel oft besser funktioniert als teilweise behauptet. Neben den grossen und entsprechend komplexen Themen wie Universität oder Spitäler gibt es zahlreiche weitere Gebiete, auf denen die engere Zusammenarbeit gesucht und – wie in diesen Fällen – auch gefunden werden kann.

Ebbis Interns

Geburtstage

Im November durften wir **Thomas Wyler, Jakob Vogt, Claudio Lasagni** und **Annina Heuss** zu ihrem runden Geburtstag gratulieren.

Im Dezember feierten **Salome Blumenthal-Thoma, Markus G. Ritter, Elvira Zweifel, Tobias Ruf, J. Jacques Goetschy** und **Hannes Hefty** einen runden Geburtstag.

Wir gratulieren allen Mitgliedern zu ihren Geburtstagen und wünschen von Herzen alles Gute.

Nachwuchs in der FDP-Familie

Im November und im Dezember bekamen gleich zwei Grossräte der Basler FDP Nachwuchs.

Am 24. November 2017 erblickte **Laurent Alexis Carl** im Bethesda-Spital das Licht der Welt. Er war 50 cm gross und 3300 g schwer. Die stolzen Eltern sind **Christian Moesch** und **Eftimia Georga**.



Am 16. Dezember 2017 um 19.41 Uhr kam **Paula Marie** auf die Welt. Sie war 3400 g schwer und 47 cm lang. Ihre Eltern sind **Monika Guth** und **Mark Eichner**.



Anzeige



Schweizer Söhne

Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Alterspolitik

Leben im Alter in Grossbasel-Ost

David Jenny,
Grossrat Basler FDP

Auf Einladung unseres QV Grossbasel-Ost fanden sich am 14. November 2017 zahlreiche Interessierte in der Aula des Bethesda-Spitals ein, um sich nach der Begrüssung durch den Präsidenten David Friedmann von folgenden Persönlichkeiten über das Leben im Alter in Grossbasel-Ost orientieren zu lassen: RR Dr. Lukas Engelberger, Vorsteher des Gesundheitsdepartements, die hiesigen Alt-Grossräte Dr. Roman Geeser und Max Pusterla sowie Heike Schulz, Direktorin Bethesda Alterszentren AG. Aus dem engagierten Referat von RR Engelberger sei Folgendes herausgehoben:

■ Unser Kanton ist heute ein vergleichsweise «alter» Kanton, dies wird sich aber (relativ) bis 2040 ändern. Bis dann werden zahlreiche länd-



David Jenny

liche Kantone ihren Altersschub erlebt haben.

■ Die Bevölkerungsbefragung 55+ 2015 zeigte, dass eine Mehrheit zu Hause wohnen bleiben und bei Bedarf Unterstützung in Anspruch nehmen will. Lieblingsort aller Basler ist das Rheinufer, gefolgt bei 55+ vom Münsterplatz, bei den Jugendlichen vom Barfüsserplatz.

■ In Basel stehen 1700 Alterswohnungen in 42 Siedlungen zur Verfügung. Der Kanton verfügt über 3133 Pflegebetten, was als ausreichend beurteilt wird. Grossbasel-Ost ist gut mit Alterswohnungen und Pflegeheimen versorgt. Dies ermöglicht es, einen Wohnformwechsel ohne unerwünschten Quartierwechsel vorzunehmen.

■ Die Alterspolitik muss sich mit der zunehmenden Heterogenität der Bedürfnisse auseinandersetzen. Planung und Umsetzung bedarfsgerechter Massnahmen erfordern einen langen Schnauf. Heute ist zu planen, was in zehn oder zwanzig Jahren bereitgestellt ist. Stärker einzubeziehen ist die alternde Migrationsbevölkerung.

In der anschliessenden Podiumsdiskussion berichteten Roman Geeser und Max Pusterla anschaulich über die zahlreichen Angebote von Pro Senectute beider Basel, deren Vizepräsident

Roman Geeser ist. Leider kann bald nicht mehr unter der Leitung von Max Pusterla Sport betrieben werden, er erreicht eine Alterslimite (selbst Pro Senectute kennt solche Limiten!).

Frau Schulz stellte das beeindruckende Angebot der Bethesda Alterszentren AG, deren Neubau bald eröffnet wird, vor.

Dass die von Corinna Zigerli moderierte Veranstaltung Anklang fand, zeigten die zahlreichen Fragen aus dem Publikum. Der Schreibende durfte im Namen aller Anwesenden den Referierenden und den Organisierenden danken und zum vom Bethesda offerierten Apéro laden. Für die FDP Grossbasel-Ost und die gesamte Basler FDP ist der Take-away dieser Veranstaltung, dass wir bei der Alterspolitik am Ball bleiben werden und den Austausch mit der älteren Bevölkerung in Zukunft intensivieren werden.

Bildung

Kompromisse statt Grabenkämpfe

Die Wettbewerbsfähigkeit der Universität hat oberste Priorität: Dazu bedarf es eines Umdenkens.

Stephan Mumenthaler,
Grossrat Basler FDP

Mit ihrem stolzen Alter von über 550 Jahren gehört die Uni Basel zu den ältesten Universitäten Europas. Sie wird gerade erst seit zehn Jahren von beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft getragen. Das ist eine Errungenschaft! Die Universität hat eine zentrale Bedeutung für beide Basler Kantone und die hier ansässige Wirtschaft und soll deswegen auch von beiden finanziert werden. In der Dezember Sitzung des Grossen Rats diskutierten wir über den Ratschlag über den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag für die Jahre 2018 bis 2021 an die Universität Basel. Damit sind keineswegs alle Herausforderungen vom Tisch. Aber mit diesem Ratschlag liegt wenigstens einer vor, welcher der Uni-



Stephan Mumenthaler

versität für weitere vier Jahre Planungssicherheit verleiht.

Eine andere Diskussion ist das Verhältnis der beiden Basler Kantone zur Universität: Selbstverständlich sollte der Kanton Basel-Stadt nicht ewiger Retter aus der finanziellen Not sein

und alle Ausfälle des Baselbiets decken müssen. Aber auch wenn die Beiträge nun nicht mehr genau 50:50 sind, so wird die Universität nach wie vor von beiden Kantonen getragen. Die Beiträge vom Kanton Basel-Landschaft sind in jedem Jahr der Planperiode aus dem Ratschlag höher als im Vergleichsjahr 2017. Sie sind auch deutlich höher als die Beiträge von Drittkantonen, die immerhin 40 Prozent der Studierenden an der Universität Basel stellen, aber nur 10 Prozent zur Finanzierung beitragen. Deswegen bedarf es einer Erhöhung dieser sogenannten IUV-Beiträge für Studierende aus Drittkantonen, wie ich in meiner schriftlichen Anfrage vom 6. Dezember 2017 betonte.

Im Positionspapier der FDP zur Universität fordern wir klar und deutlich, dass sich die Universität den Her-

ausforderungen stellt. Sei es im Bereich der Vergütungen, um internationale Spitzenforscherinnen und -forscher anzuziehen, oder im Bereich der Immobilienstrategie. Wir erwarten aber auch von der Universität, dass sie sowohl ihr Leistungsangebot vertieft überprüft wie auch die Frage der Drittmittel weiter forciert. Diesen Auftrag haben wir dem Regierungsrat bereits gegeben. Diese Fragen gehören geklärt. Dem Ratschlag zuzustimmen, um eine erste Planungssicherheit zu ermöglichen, war auf jeden Fall richtig. Es gilt aber nach wie vor, alles zu tun, um die Universität voranzubringen. Wir müssen unsere Hausaufgaben erledigen, es braucht einen Vertrag, der für die Zeit nach den erwähnten vier Jahren Planungssicherheit bringt. Dazu gehört auch eine dynamische Finanzierung.